

ausgetragen werden, fördern die CPT. Manche sind der Ansicht, das soziale und politische Engagement der CPT sei stärker als das pastorale und verschärfe die Konfliktlage noch zusätzlich.

Zum Ausmaß der Landkonflikte heißt es in der Studie, es mehrten sich die Fälle, in denen Priester und Rechtsanwälte, die sich für Kleinbauern und Landlose einsetzten, bedroht und ermordet würden. In letzter Zeit – die Studie basiert auf Recherchen von 1986/87 – weisen jedoch gerade kirchliche Stellen daraufhin, daß die offenbar ungemehrte Aktivität der pistoleiros den einfachen Bauern, den direkt Betroffenen, gelte, die keine Schlagzeilen machten. Zudem träten immer mehr Bauern geschlossen und teilweise bewaffnet den Vertreibern entgegen. Unterschiedlich wird innerkirchlich die umstrittene Frage der *Landbesetzung durch landlose Bauern* und ihre Familien gesehen. Da die rechtliche Sicherung eines Besitztitels selbst in Fällen, in denen Bauern seit Generationen ein Stück Land bewirtschaften und nach brasilianischem Recht bereits rechtmäßige Eigentümer sind, häufig nicht durchsetzbar ist (was die Vertreibung nach sich zieht), besetzen die Familien ein Stück brachliegendes Land und beginnen es zu bebauen, meist ohne zu wissen, wem es gehört. Wo solche Landbesetzungen von kirchlicher Seite stillschweigend oder ausdrücklich gutgeheißen werden, spielt auch die Überlegung eine Rolle, daß den Familien sonst nur die Abwanderung in die Städte bleibt, was mit hoher Wahrscheinlichkeit das Absinken in die Marginalität bedeutet.

Andere Menschen geworden?

Bischof Tepe von Ilhéus hält manche Aktivitäten der Pastoralkommission für Landfragen für zu wenig pastoral und zu einseitig sozial orientiert. Zur Gefahr einer ideologischen Radikalisierung der Landbevölkerung komme der Rückfall in den Individualismus, sobald ein Konflikt bei-

gelegt sei. Sein Konzept einer Landpastoral beginnt mit der Lektüre der Bibel in den kleinen Gemeinden, in denen immer mehr Menschen im Laufe der Jahre aus dem Rückhalt ihres Glaubens bereit seien, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Viele Basisgemeinschaften seien an einen Punkt gelangt, an dem sie erkennen: Jetzt können wir nur noch auf politischem Wege etwas erreichen. Im Bistum Ilhéus haben sich in den letzten Jahren Christen aus den Basisgemeinschaften für das Landarbeitersyndikat aufstellen lassen, in dem sie inzwischen die Mehrheit besitzen.

Von einem erfolgreich überstandenen Konflikt zwischen Kleinbauern und einem Agrarunternehmen im Bistum Tepe berichtete ein betroffener Kleinbauer: „Auf den 4500 ha Gelände, das wir verteidigt haben und das jetzt uns gehört, wohnen jetzt über 200 Familien. Wir waren 28 Familien, die um ihr Landrecht kämpften, und alle waren wir bewaffnet. Wir beschlossen, Widerstand zu leisten, als uns die Japaner vertreiben wollten. Aber es gelang auf gewaltlosem Weg; es floß kein Blut. Zuerst wollte man uns gegeneinander ausspielen. Mir boten sie zum Beispiel 100 ha an, wenn ich ruhig bleiben würde. Der erste Rechtsanwalt, den wir hatten, betrog uns nach Strich und Faden; er war von der Gegenseite bestochen. Der zweite Anwalt wurde uns dann von der Kirche vermittelt und hat sich auch für uns voll eingesetzt. Dieser Kampf war eine wirkliche Schule der Einigkeit für uns alle, und das Evangelium war die Basis der ganzen Bewegung. Durch diesen Kampf sind wir andere Menschen geworden. Heute hab' ich vor Reichen und Titelträgern keine Angst mehr.“

Viele Besitzende beobachten das kirchliche Engagement in der Landfrage mit Argwohn und Feindseligkeit. Kommentar einer brasilianischen Akademikerin aus der Oberschicht zu dem Bericht des Kleinbauern: „Da sehen Sie, daß unsere Kirche kommunistisch geworden ist.“

Gabriele Burchardt

„Den Einheimischen helfen, daß sie sich selbst helfen können“

Ein Gespräch mit dem Misereor-Hauptgeschäftsführer, Prälat Norbert Herkenrath

Vor 30 Jahren – am Passionssonntag 1959 – fand die erste Fastenaktion Misereor statt. Seither wirkt das Bischöfliche Hilfswerk mit seinen Partnern vor Ort in fast allen Dritte-Welt-Ländern. Das Ziel der Misereor-Entwicklungsarbeit ist, durch seine Hilfe die Selbsthilfe der Armen, speziell der absolut Armen, anzuregen. Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens von Misereor und der am Passionssonntag durchzuführenden Fastenaktion sprachen wir mit dem Hauptgeschäftsführer des Hilfswerks, Prälat Norbert Herkenrath, über das

Entwicklungskonzept von Misereor, über ihr Verhältnis zu den Partnerorganisationen, über die Schwierigkeit, Entwicklungsprozesse vor Ort in Gang zu setzen, und über die Konflikte, die ein kirchliches Hilfswerk dabei durchzustehen hat. Die Fragen stellte David Seeber.

HK: Herr Prälat Herkenrath, an die 5 Milliarden DM – einschließlich der Staatszuschüsse – hat Misereor bisher in über 50 000 Projekte der Entwicklungshilfe investiert.

Sie gelten weltweit als die leistungsfähigste nichtstaatliche Entwicklungshilfeorganisation. Der Staat unterstützt Sie kräftig durch Steuergelder. Aber was bewirkt das alles angesichts des Elends in der Dritten Welt?

Herkenrath: Es ist richtig, Misereor ist die größte Nichtregierungsorganisation für Entwicklungshilfe. Insgesamt sind in den 30 Jahren, in denen das Werk besteht, etwas über 5 Milliarden in Entwicklungsländer gegangen. Unser Spendenaufkommen, für das wir dankbar sind, ist mit 2,8 Milliarden in 30 Jahren relativ hoch. Wir haben gerade in diesen Tagen das 55 000ste Projekt – ein Kinderhilfeprojekt in Brasilien – bewilligt. Richtig ist auch, daß seit 1962 ein beachtlicher Teil der verfügbaren Gelder aus öffentlichen Mitteln und ein kleinerer Teil aus den Kirchensteueraufkommen zugeschossen wird. Ihre Frage ist dennoch sehr berechtigt. Was bewirkt das? Man kann die Frage sogar noch weiter aufschlüsseln: Was bewirkt es, wenn man in Rechnung stellt, daß im gleichen Zeitraum die Situation in den Entwicklungsländern insgesamt sich noch wesentlich verschlechtert hat? Wir haben seit 1983 einen Nettokapitaltransfer aus den Entwicklungs- in die Industrieländer, der alles übersteigt, was in die Entwicklungsländer hineingegeben wird. Wenn allein die jährliche Zinsleistung der verschuldeten Entwicklungsländer gegenwärtig bei 50 Milliarden US-Dollar liegt, dann sind die 5 Milliarden DM in 30 Jahren nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

HK: Aber Entwicklungsprojekte – jedenfalls solche langfristiger Art – lassen sich schwer mit irgendwelchen Summen vergleichen ...

Herkenrath: Natürlich läßt sich das nicht so einfach gegeneinander aufrechnen, wie es häufig geschieht. Unsere Gelder waren von Anfang an nicht als für in Dritte-Welt-Länder transferierte Nothilfe – Medikamente und Lebensmittel – gedacht, sondern als Mittel, die Selbsthilfekräfte der Armen anzuregen, zu begleiten und dadurch zu multiplizieren. Statt Schiffe mit Weizen nach Bangladesch oder Pakistan zu schicken, wollen wir den Kleinbauern in Pakistan oder in der Sahelzone helfen, damit sie ihre Lebensmittel selbst produzieren können. Die dadurch entstehenden Entwicklungsprozesse unter der einheimischen Bevölkerung sind die eigentliche Leistung der kirchlichen Entwicklungsarbeit in diesen dreißig Jahren.

„Misereor ist ein Werk zur Bekämpfung von Hunger und Krankheit an der Wurzel“

HK: Sie sprechen die Langfristwirkung an. Gemessen an den großen Summen, sagen Sie, bedeuten Ihre Leistungen fast nichts, aber aufgrund ihrer Langfristwirkung sind sie bedeutsam. Frage: Wie langfristig sind die Wirkungen, und läßt sich an Beispielen zeigen, daß sie auch eintreten?

Herkenrath: Ich darf ganz auf den Anfang zurückkommen. In einem Brief der eben erst neu angesiedelten Ge-

schaftsstelle zur Durchführung der ersten Fastenaktion 1959 an Bischöfe und Missionsprokuren hieß es schon, es gehe nicht um rasche Hilfe in Form von Medikamenten und Lebensmitteln, sondern es gelte, die Not an der Wurzel zu lindern und die Einheimischen zu befähigen, daß sie selbst die wirtschaftlichen, hygienischen und sozialen Verhältnisse verbessern können. Dieser Ansatz von vor 30 Jahren ist bemerkenswert und hat sich bis heute durchgehalten und weiterentwickelt. Der Bau eines Krankenhauses oder einer Schule bedeutet immer zusätzliche Abhängigkeiten aufgrund der Unterhaltskosten. Misereor hat zwar auch Krankenhäuser gebaut, aber doch immer Wert darauf gelegt, daß es Projekte der Bevölkerung waren, die zu neuen Organisationsprozessen führen. Nur so kommt eine Entwicklung von unten in Gang.

HK: Sie sagen, das Langfristkonzept sei von Anfang an ideenleitend gewesen; aber praxisleitend war es wohl nicht. Katholiken denken in der Regel in traditionellen Kategorien, sie schätzen eine mildtätige, aber nicht minder paternalistisch angefärbte Caritas. Daß gerade katholische Missionare schon auf solche Langfristziele hin trainiert oder trainierbar waren und daß sie der einheimischen Bevölkerung überhaupt eine eigenständige Entwicklung zutrauten, ist nicht anzunehmen ...

Herkenrath: Wir haben sicher manche Kompromisse schließen müssen. Um so bemerkenswerter finde ich es, daß das Konzept, nach dem wir heute arbeiten, bereits zu Beginn so deutlich gesehen wurde. Im übrigen hat es auch Kardinal Frings damals schon gesagt: Es gehe darum, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Daß wir das nur mit den Partnern machen konnten, die wir vorfanden, ist richtig. Insofern haben Sie natürlich recht mit dem Hinweis, daß es auch Missionare und Ortskirchen mit anderen Verständnissen und Konzepten gab und gibt, solche, die einfach Nahrungsmittel verteilen oder Schulen aufbauen möchten. Aber wir haben von Anfang an klargestellt: Misereor ist kein missionarisches Hilfswerk, sondern es ist ein Werk zur Bekämpfung von Hunger und Krankheit an der Wurzel.

HK: Sieht man sich die letzten Jahresberichte durch, so läßt sich feststellen, daß nach wie vor ein erklecklicher Teil der Misereorgelder in Krankenhäuser und Schulen (formelles Bildungswesen) investiert wird (die Werte von 1987: Bildungs- und Informationswesen 52,5 Millionen; Gesundheitswesen 54,7 – bei einem Gesamtvolumen von 292,2 Millionen). Ist da der Gedanke der Hilfe zur Selbsthilfe wirklich verwirklicht, oder wie schlüsselt sich der nach dem Grundkonzept von Misereor auf?

Herkenrath: Ich denke, wir haben diesbezüglich selbst einen Entwicklungsprozeß durchgemacht. Am Anfang floß die Hilfe von Misereor stärker in die kurative Medizin. Viele Länder hatten einen großen Nachholbedarf an Krankenhäusern. Heute geht die Gesundheitshilfe vornehmlich in den Bereich der Basis- bzw. der Präventivmedizin. Sie gilt also weniger der Bekämpfung von Krankheiten als der Förderung der Gesundheit: Ausbildung von

Dorfgesundheitsshelferinnen; Bau von kleineren Gesundheitsstationen; Hilfen zur Wiederbelebung von Kenntnissen in Naturheilverfahren; Information über gesunde Ernährung. Nur noch selten finanzieren wir den Bau eines größeren Krankenhauses. Allerdings erhalten wir in letzter Zeit vermehrt Anträge zur Renovierung von einst durch uns mitfinanzierten Krankenhäusern.

HK: Und wie sieht es mit der Hilfe zur Selbsthilfe im Bildungsbereich aus?

Herkenrath: Dort gibt es auch eine Entwicklung weg von Einrichtungen formeller Bildung hin zur informellen Bildung, womit vor allem praxisnahe Ausbildungshilfen für Jugendliche und Erwachsene gemeint sind, z. B. Verbesserung der Kenntnis landwirtschaftlicher Anbaumethoden, Aneignung handwerklicher Fertigkeiten, Alphabetisierung und vielfältige Formen der praktischen Beratung.

„Aus Erfahrung sind wir vorsichtiger geworden“

HK: Aber der Summenvergleich – etwas anderes steht für Außenstehende als Vergleichsbasis nicht zur Verfügung – geht doch noch sehr zu Lasten der informellen Bildung.

Herkenrath: Das kann man so ohne weiteres nicht sagen. Wenn man die einzelnen Projekte daraufhin durchsieht, dann läßt sich feststellen, daß wir viele integrierte Entwicklungsprojekte sowohl im ländlichen Bereich wie in Stadtrandgebieten unterstützen. Darin eingeschlossen sind in der Regel Alphabetisierungsprogramme, Frauenbildungsmaßnahmen oder Ausbildungsgänge für Jugendliche, die keine Möglichkeit zum Schulbesuch hatten und die in Sonderkursen sich die handwerklichen Fähigkeiten aneignen, die zu ihrem Lebensunterhalt erforderlich sind.

HK: Tun sich kirchliche Bildungsträger da nicht besonders schwer im Umdenken? Und in Zaire z. B. hat sich ja auch gezeigt, daß der Staat das verstaatlichte Schulwesen an die Religionsgemeinschaften zurückgeben mußte, weil seine Funktionsstrukturen damit einfach überfordert waren, wie überhaupt Kirche in manchen Ländern öffentliche Funktionen mittragen oder mitübernehmen muß, weil die staatliche Seite dazu meist nicht in der Lage ist. Steht das nicht quer zu Ihrem Konzept auf Hilfe zur Selbsthilfe aufbauender langfristiger Entwicklung?

Herkenrath: Es gibt in der Tat solche Erfahrungen, die uns unter gewissen Druck setzen. Manche Staaten sind nicht mehr in der Lage, das Schul- und Gesundheitswesen zu finanzieren, und daran interessiert, daß die Kirche sich ihrer wieder stärker annimmt. Dadurch geraten wir unter den Druck auch mancher Ortskirchen, die gerne mehr Schulen hätten. Ihnen müssen wir deutlich machen, daß wir gar nicht in der Lage sind, das Schul- oder Gesundheitswesen eines ganzen Landes zu finanzieren.

HK: 30 Jahre – um nochmals an das Geburtsdatum anzuknüpfen – dürften auch Misereor eine Menge Erfahrungen vermittelt haben. Wenn Sie gegenwärtig als Hauptge-

schäftsführer durch die Dritte-Welt-Länder reisen und dort die Entwicklung beobachten, werden Sie auch auf manche Ruinen stoßen, die Misereor selbst gebaut hat. Welche Fehler möchten Sie auf keinen Fall mehr machen?

Herkenrath: Zu rasch auf ein Bauprojekt zugehen, sei es ein Krankenhaus, sei es eine Bildungseinrichtung, wo die Infrastruktur für den Unterhalt eines solchen Gebäudes nicht vorhanden ist. Ruinen entstehen ja dadurch, daß etwa ein Krankenhaus gebaut wird und dann unterhalten werden muß, während die wirtschaftliche Lage des Landes sich verschlechtert, die Patienten die angebotenen Leistungen nicht bezahlen können und zugleich die staatlichen Zuschüsse ausbleiben. Übrig bleibt so ein funktionsunfähiger Betonklotz, der immer wieder von außen gefüttert werden muß. Es gab einige solcher Projekte, die nicht auf eigene Füße kommen wollten. Aus Erfahrung sind wir deshalb gegenüber Bauten vorsichtiger geworden.

HK: Irgendwo las ich den Satz: Bevor man in einem Land, speziell in einem Entwicklungsland, wirtschaftlich etwas ändern will, muß man die Seele der Bevölkerung kennen. Gelingt das Misereor heute besser und leichter als noch, sagen wir, in den 60er und frühen 70er Jahren?

Herkenrath: Dies ist nach wie vor das Kernproblem. Wir machen ja keine eigenen Projekte, sondern bekommen die Projekte von unseren Partnern. Und diese Projekte sind so gut oder so schlecht wie unsere Partner gut oder schlecht sind. Unsere Arbeit gilt den Zielgruppen – den 800 Millionen Armen –, die ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können. In dem Maße, wie diese Menschen selbst das Projekt mittragen und damit auch ihr Leben, ihre Geschichte, ihren kulturellen Kontext miteinbringen, ist einigermaßen sichergestellt, daß das Projekt langfristig wirkt. Wenn aber jemand von außen kommt – etwa Missionare oder Entwicklungshelfer aus Europa –, dann entsteht mitunter eine Missionsstation nach dem Vorbild einer Pfarrei im Schwarzwald oder ein Krankenhaus nach europäischem Muster. Oder es kommen Touristen, die die Armut sehen und etwas für die Armen tun wollen. Daraus ergeben sich dann oft gut gemeinte, aber schlecht plazierte Projekte ohne Langzeitwirkung. Wir versuchen uns dagegen zu wehren und wünschen uns, daß wir mehr Partner finden, die mit den Armen leben, sie verstehen und ihre Vorstellung artikulieren und so kleine Entwicklungsschritte mit Langzeitwirkung möglich machen. Ich darf hier aber auch einmal ein Wort des Dankes an unsere Entwicklungshelfer sagen. Die meisten von ihnen bringen die Demut auf, sich selbstlos in den Dienst der Entwicklungskonzepte der Armen zu stellen.

HK: Die öffentliche Kritik richtet sich nicht nur gegen kopflos konzipierte Projekte, sondern überhaupt gegen Projekte, die ohne Einfühlung in den örtlichen kulturellen Kontext und die Mentalität der Leute ins Werk gesetzt werden ...

Herkenrath: Diese Kritik erfolgt zu Recht, soweit sie bei staatlicher wie nichtstaatlicher Entwicklungshilfe die Pro-

jekte in Frage stellt, die das gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Umfeld überhaupt nicht oder viel zu wenig berücksichtigen. Was nützt es, wenn irgendwo eine Fabrik gebaut wird, der die Zulieferbetriebe fehlen, die die nötigen Facharbeiter nicht findet, aber ökologische Schäden anrichtet? Oder was bewirkt eine Schule, die gebaut wird, ohne daß vorher der Bedarf geklärt worden ist? Wir haben in manchen Entwicklungsländern heute schon ein akademisches Proletariat, weil nicht nach Bedarf ausgebildet worden ist.

„Viele Arme sind Opfer von Modernisierungsprozessen“

HK: Ist das nicht überhaupt eines der ganz großen Probleme, daß von der Organisation wie von den Inhalten her viel fehlausgebildet wird? Es wird auf höheren Schulen auf den Philippinen oder an der Elfenbeinküste so unterrichtet wie in Frankreich oder Spanien ...

Herkenrath: Sie greifen da in der Tat ein schwieriges Problem auf. Afrikaner sagen uns oft: Wir haben in Afrika französische und englische Universitäten, aber keine afrikanischen. Das gilt auch für viele asiatische Länder. Viel Unbehagen an der Entwicklungshilfe läßt sich daran festmachen, daß – im Bildungswesen wird es eben besonders deutlich – die Konzeptionen falsch sind. Dies gilt übrigens auch im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik eines Landes. Staatliche Entwicklungshilfe ist meist auf die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums ausgerichtet. Der Marktwirtschaftler weiß, daß dies notwendig ist für die Verbesserung der Gesamtsituation der Bevölkerung. Aber oft kommt das Wachstum nicht der Gesamtbevölkerung, sondern nur den schon Reichen zugute. Es entsteht dann eine unselige Allianz zwischen den Eliten der Entwicklungsländer und den Industrieländern. Die arme Bevölkerung wird dadurch oft noch mehr in Verelendung hineingedrängt: Das Wirtschaftswachstum führt zur Landkonzentration, durch diese werden Kleinbauern und Pächter verdrängt, es muß automatisiert und rationalisiert werden. Nur die Großgrundbesitzer können Investitionen verkraften, die Kleinen gehen kaputt; zusätzliche Verarmung läuft so parallel zum Entwicklungsprozeß. Viele der Armen, denen Misereor hilft, sind Opfer von Modernisierungsprozessen.

HK: Sie sprachen vorher von wenig integrierten, unangepaßten Projekten, in denen die Gedanken der Geber dominanter sind als die der Betroffenen. Bedarf es da nicht zusätzlicher Anstrengungen auch von Ihrer Seite, um a) Mißverständnisse zu beseitigen und b) die gutgemeinte Hilfe von kleinen Gruppen noch fruchtbarer zu machen, ohne als grand patron der gesamten nichtstaatlichen Entwicklungshilfe zu erscheinen?

Herkenrath: Ihre Frage spricht etwas sehr Wichtiges an. Es zeigt sich immer deutlicher, wie notwendig es ist, mit dazu beizutragen, daß Entwicklungsfachwissen bei unseren Partnern in den armen Ländern gefördert wird. Des-

wegen fördern wir Entwicklungsbüros, die es inzwischen in den meisten afrikanischen Ländern und sogar in fast allen Diözesen gibt. Entwicklungsfachleute, Priester und Laien, werden geschult. Dafür gibt es inzwischen zahlreiche Ausbildungseinrichtungen. Als ein Beispiel nenne ich CESAO, ein Ausbildungsinstitut für das frankophone Afrika. Misereor fördert solche Einrichtungen, um das fachliche Know-how der Partner zu stärken, damit Entwicklungsprozesse von vornherein zielführend geleitet werden.

HK: Aber wie sieht es diesbezüglich auf seiten der Geberländer aus, und was tun Sie, um den Geberwillen zu ermutigen und zugleich in möglichst zielführende Bahnen lenken zu helfen?

Herkenrath: In den Geberländern ist es oft noch schwieriger, eine Mentalitätsänderung zu erreichen. Allzu viele meinen immer noch, es reiche, Geld zu geben. Geld ist zwar notwendig, aber oft ist es noch wichtiger, Geduld und fachliches Wissen aufzubringen. Wir haben bei Misereor seit 6 Jahren ein Referat Projektpartnerschaften, welches bemüht ist, Jugendgruppen, Pfarrgemeinden, Verbände, die etwas für Entwicklungshilfe tun wollen, zu beraten und ihnen auch konkrete förderungswürdige Projekte zu vermitteln.

HK: Sie haben vorhin – kontrapunktisch – staatliche Entwicklungshilfe als Hilfe für das Wachstum der örtlichen Volkswirtschaften und kirchliche Entwicklungshilfe als Hilfe für die absolut Armen einander gegenübergestellt. Es gibt häufig kirchliche Kritik – meist schärfer von evangelischer als von katholischer Seite – an internationalen Entwicklungsorganisationen. Ihr Kollege von „Brot für die Welt“, Hans Otto Hahn, sagte erst jüngst, es sei nicht einzusehen, daß deren Politik – die Politik der Weltbank, des IWF – zu Lasten der Ärmsten gehe. Wenn aber beides sein muß, Hilfe für die absolut Armen und Wirtschaftswachstum, ist dann die Politik der nationalen und internationalen Instanzen, wo sie wirklich zu Wachstum verhilft, im Sinne langfristiger Entwicklung letztlich nicht sehr viel wirksamer als jede Hilfe über Einzelprojekte?

Herkenrath: Es wäre völlig verfehlt, die Nichtregierungsorganisationen gegen die staatliche Entwicklungshilfe auszuspielen. Sie müssen sich gegenseitig ergänzen. Nichtregierungsorganisationen, insbesondere die kirchlichen, haben Möglichkeiten, an die Graswurzel zu kommen, wie sie dem Staat nicht gegeben sind. Aber die Hilfe, die sie leisten können, hat ihre Grenzen, sie kann Armut nicht flächendeckend beseitigen. Dazu bedarf es einer gesunden Wirtschaftspolitik, dazu bedarf es entsprechender Handelsbedingungen, bedarf es lokaler und weltweiter Strukturverbesserungen. Dauerhafte Lösungen sind wesentlich abhängig von nationalen und internationalen Veränderungen. Deswegen ist zu fordern, daß Entwicklungshilfe viel stärker in der gesamten Politik, in der Außenpolitik, in der Wirtschaftspolitik berücksichtigt wird. Sie muß aus ihrem Randdasein herausgehoben werden. Es stimmt hoffnungsvoll, daß bei der Internationalen

Währungskonferenz in Berlin im Herbst 1988 diesbezüglich auch von seiten der Weltbank und des IWF neue Töne zu hören waren.

HK: Dies hieße die Politik den internationalen Entwicklungsinstanzen selbst stärker zur Graswurzel hinbewegen. Aber wie ist so etwas überhaupt möglich? Dagegen steht nicht nur die Unbeweglichkeit von Großbürokratien, sondern dagegen stehen vielfach auch die örtlichen staatlichen Instanzen.

Herkenrath: Das ist richtig. Es müssen die internationalen und nationalen Rahmenbedingungen verbessert werden zugunsten der armen Bevölkerung. Wenn die Rohstoffpreise sich günstiger für die rohstoffproduzierenden Länder gestalten, wenn Protektionismus und Subventionismus, die immer dort auftreten, wo Industrieländer die Konkurrenz von Entwicklungsländern fürchten, abgebaut werden, ändern sich international die Rahmenbedingungen auch zugunsten der Armen. Bei weniger – kurzfristigem – Egoismus der Industrieländer wäre noch vieles möglich. Und wenn im Dialog mit den rohstoffproduzierenden Ländern in diesen selbst Infrastrukturverbesserungen eingeleitet werden, dann kommt auch Entwicklungspolitik insgesamt näher an die Graswurzel heran. Es gibt dafür viele Möglichkeiten, die man im sog. Politikdialog aushandeln könnte.

HK: Sie sind also entschieden für eine generelle Sozialbindung der bilateral und multilateral geleisteten Entwicklungszusammenarbeit?

Herkenrath: Ich bin überhaupt der Meinung, daß es an der Zeit ist, bisher nur national gegebene Sozialbindungen weltweit auszudehnen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Verschuldungsproblem ein internationales Vergleichs- und Konkursrecht einzuführen. Manche Juristen und Volkswirte sagen, das sei unmöglich, jedes Land sei schließlich autonom, aber die nationale Souveränität der einzelnen Länder ist durch Wirtschaftszusammenschlüsse ohnehin schon weitgehend unterlaufen. Wir müssen auch mehr noch zur Kenntnis nehmen, daß die Welt immer mehr *eine* Welt wird. Eine Weltsozialpolitik als Teil einer Weltinnenpolitik muß erarbeitet werden.

HK: Entwicklungshilfe findet auf einem sehr verminten Feld statt; es ist vermutlich unvermeidlich, daß man sich auch einmal die Stiefel schmutzig macht. Frage: Wieweit sind Sie nicht nur durch die jeweiligen politischen Verhältnisse vor Ort behindert – etwa wo kommunistische oder andere Diktaturen herrschen –, sondern welche Erfahrungen mit politischen Verwicklungen hat Misereor gemacht, und wieweit sehen Sie sich dadurch veranlaßt, sich selbst politischer zu äußern?

Herkenrath: Da wir mit nichtstaatlichen Partnern zusammenarbeiten, können wir nur soviel tun, als diese Partner im eigenen Land Spielraum haben. In zentralgelenkten Staatswirtschaften, die, seien es rechte oder linke Diktaturen, keinen Freiheitsraum lassen für gesellschaftliche Gruppen, sind unsere Hilfsmöglichkeiten sehr gering.

Dies war z. B. lange Zeit in Vietnam der Fall, wo wir nur im Rahmen der Katastrophenhilfe in Zusammenarbeit mit kirchlichen Partnern etwas tun konnten. Das hat sich inzwischen aber etwas entkrampft.

HK: Gibt es noch Länder, wo Sie (über kirchliche Partner) gar nichts tun können?

Herkenrath: In Ländern, die unter Krieg oder Bürgerkrieg leiden, wie z. B. Angola, Mosambik oder Äthiopien, sind die Hilfsmöglichkeiten sehr eingeschränkt. Entwicklungsprozesse in Gang zu bringen, ist dort kaum möglich. Wir können nur Kriegsfolgen lindern.

„Konflikten können und wollen wir uns nicht entziehen“

HK: Aber Schaden reparieren, Kriegsfolgen lindern, das geht in Krisengebieten selten, ohne daß Partei ergriffen wird für eine bestimmte Seite ...

Herkenrath: Das ist richtig, und dies bringt natürlich jeweils politische Konflikte mit sich. Aber Konflikte gibt es im Grunde immer im Entwicklungsprozeß. Sie sind praktisch überall dort vorprogrammiert, wo wir benachteiligten Gruppen, ethnischen Minderheiten, Ausgegrenzten oder, wie in Südafrika, rassisch Verfolgten helfen. In dem Maße, in dem Hilfe wirksam wird, organisieren sich diese Gruppen und fordern ihre Rechte ein. Solchen Konflikten können und wollen wir uns nicht entziehen. Maßgebend ist für uns immer der Partner, der Hilfe braucht. Wir können den Campesino in Brasilien, dem wir geholfen haben, sich zu organisieren, nicht im Stich lassen, wenn ihm der Zutritt zu seinem Land, auf das er einen Rechtsanspruch hat, durch Mafia-Methoden von Großgrundbesitzern verwehrt wird. Ihm zu helfen, ist notwendig, um den begonnenen Entwicklungsprozeß weiterführen zu können.

HK: Sie sagen, Sie seien einbezogen in die Konflikte vor Ort, aber Sie haben sich auch mit Konflikten im eigenen Land auseinanderzusetzen. Es gibt Politiker, die Sie öffentlich in die Schranken weisen, wenn Misereor den Anschein erweckt, örtlichen Befreiungsbewegungen auch nur indirekte Hilfe zu gewähren. Und auch mancher Prälat zieht die Augenbrauen hoch, wenn Misereor nicht mit letzter Abgewogenheit gegen das Apartheidsystem in Südafrika Stellung nimmt. Wieweit hat Ihnen das bisher in der Öffentlichkeit – beim Spender – geschadet?

Herkenrath: Die Konflikte, die draußen entstehen, weil wir unterdrückten Menschen helfen, schlagen natürlich nach hier zurück. Das kann eigentlich auch gar nicht anders sein. Und sie finden hier ihre verschiedenen Parteigänger. Was hier an Konflikten hochkommt, ist Spiegelbild der Konflikte vor Ort. Die einen sagen: Ihr mischt euch ein. Und die anderen sagen: Ihr müßt euch mehr noch einmischen. Ob wir dies wollen oder nicht: Wir können nicht Menschen, die wir bei ihrer Selbstbestimmung gefördert haben, verlassen, wenn man sie wieder in Armut und Unmündigkeit drängen möchte. Allerdings unter-

stützten wir keine Befreiungsbewegungen, die ihre Ziele gewaltsam durchsetzen wollen.

HK: Ist Gewaltlosigkeit in konfliktiven Situationen von Entwicklungsländern mit akuten Unterdrückungszuständen das richtige Unterscheidungskriterium? Bei uns in einer funktionierenden Demokratie in einem wohlfahrtsstaatlichen Gesamtklima ist das etwas anderes. Liegt ein nicht unwesentliches Problem darin, daß von der Öffentlichkeit hierzulande unsere Zustände als Kriterien auf die Situation dort übertragen werden? Auf diese Weise geraten sie bei einer primär in Ordnungskategorien denkenden Öffentlichkeit oder politischen Richtung natürlich rasch in Mißkredit ...

Herkenrath: Ich verstehe Ihren Einwand, aber wir müssen diese Grenze ziehen, denn sonst kommen wir in eine sehr schwierige Beurteilungssituation. Ich kann als Mensch verstehen, daß manch ein Partner, der sich solcher Gewalt ausgesetzt sieht, zur Gegengewalt greift. Ich würde ihn aber nicht mit Spendenmitteln dabei unterstützen. Ich denke, daß der gewaltlose Weg nicht nur der bessere, sondern der richtigere ist. Wir haben dies immer klar vertreten, und wir haben bei unseren Partnern – ob in Südafrika oder Zentralafrika – dafür auch immer Verständnis gefunden. Wir helfen den Opfern von Gewalt, nicht den Trägern von Gewalt.

„Langfristig angelegte Entwicklungshilfe ist auch immer politisch relevant“

HK: Läßt sich das im konkreten Fall immer auseinanderhalten: Opfer von Gewalt und Träger von Gewalt? Auch wer sich der Gegengewalt bedient, ist oft oder wird Opfer von Gewalt ...

Herkenrath: Gewiß, wenn wir Mittel bereitstellen, um Angehörigen von Verhafteten, Gefolterten oder Hingerichteten zu helfen, sind darunter vermutlich auch Menschen, die in gewaltsame Befreiungsaktionen involviert sind. Aber es bleibt beim entscheidenden Kriterium: Hilfe für die Opfer von Gewalt, gleich auf welcher Seite sie stehen.

HK: Die Frage ist noch offen, ob Konflikte, die in der Öffentlichkeit hier ausgetragen wurden, etwa anlässlich Ihrer Südafrika-Aktion 1983, die u. a. harte Attacken von F.J. Strauß und anderen auslösten, beim Spender nachrechenbar in Heller und Pfennig geschadet haben.

Herkenrath: Statistisch läßt sich das nicht feststellen. Wir haben keinen Spendenrückgang gehabt, auch nicht bei der Fastenaktion für Südafrika und auch nicht in den letzten Jahren. Dies ist um so beachtenswerter, als die Zahl der Kirchenbesucher stark zurückgeht. Es spenden also immer weniger Katholiken immer mehr Geld. Ich kann aber aus Zuschriften ersehen, daß Spender, denen Misereor zu politisch geworden ist, ihre Spenden anderswo hingegeben haben. Dafür sind aber neue Spender dazugekommen, denen eine wachsende Politisierung sehr recht

ist. Dies dürfte sich ziemlich die Waage halten. Spender verstehen durchaus, daß langfristig angelegte Entwicklungshilfe immer politisch relevant ist.

HK: Bröckelt gegenwärtig aber nicht einiges im Bewußtsein der eigenen Basis, der Bevölkerung hier? Man spricht zwar von Weltgesellschaft und von Europa ohnehin, de facto aber zieht man sich in die eigenen nationalen vier Wände zurück. Das Interesse an der Dritten Welt scheint weiter abzunehmen. Wie sehen Sie als Misereor diesen Gang der öffentlichen Meinungsbildung?

Herkenrath: Die Beobachtung ist im Prinzip richtig. Die Dritte Welt tritt weiter in den Hintergrund. Die eigene Zukunft beschäftigt die Leute, auch die Jugend, zunehmend mehr. Deswegen ist es wichtig, daß wir die drei großen Themen: Frieden, Entwicklung, Bewahrung der Schöpfung nicht voneinander trennen. Unser Überleben hier ist davon abhängig, daß es gelingt, den Haushalt der Natur weltweit sicherzustellen. Wo Menschen so sehr beschäftigt sind, um das Notwendigste an täglicher Nahrung zu gewinnen, wird Raubbau getrieben. Da denkt man nicht an vorbeugende Maßnahmen zur Bewahrung der Umwelt. Deshalb liegt Entwicklungshilfe auch in unserem eigenen Interesse.

HK: Entwicklungsfachleute sind sich einig, daß hohe Geburtenraten nur ein entwicklungshemmender Faktor unter vielen ist. Es ist aber ein wichtiger Punkt. Die Kirche scheint sich bestimmt noch von einer stark natalistischen Mentalität gerade in diesem Punkt selbst im Weg zu stehen. Wie stellt sich Misereor diesem Problem?

Herkenrath: Familienplanung ist notwendig. Es geschieht seitens der Kirche diesbezüglich mehr als öffentlich bekannt ist. Misereor fördert in mehr als 50 Ländern langfristig angelegte Projekte der Familien- und Geburtenberatung. Oft sind Bischofskonferenzen Träger dieser Maßnahmen. Im übrigen dürfen Sie nicht übersehen, daß in Ländern, in denen die Bevölkerungsentwicklung besonders bedrohlich ist – Indien, Bangladesh, Indonesien –, das Christentum nur eine kleine Minderheit ist; man kann deshalb nicht sagen, die Kirche sei verantwortlich für das Bevölkerungswachstum. Aber Kirche hat sicher auch eine moralische Verpflichtung, die Gefahren der Überbevölkerung deutlich zu machen. Die päpstlichen Verlautbarungen sprechen zwar von verantworteter Elternschaft, aber in der Öffentlichkeit wird immer nur der enge Standpunkt Roms in der Methodenfrage berichtet. Im übrigen hängt die Minderung der Geburtenraten nicht von dieser oder jener Methode der Empfängnisplanung ab. Zunächst müssen Eltern erst einmal motiviert werden, wenige Kinder zu wollen, und dies hängt ab von Verbesserung der Einkommensverhältnisse, der Sozialversicherung, von der Hebung des gesamten Lebensstandards. Menschen sind nicht arm, weil sie so viele Kinder haben, sondern weil sie arm sind, haben sie so viele Kinder. Die Bekämpfung der Armut ist deshalb auch ein wirksamer Beitrag zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums. Aller-

dings drängt das global gesehen bedrohliche Bevölkerungswachstum uns zu stärkerem Handeln im Bereich der Geburtenbeschränkung!

HK: Die über Misereor geleistete Entwicklungshilfe wird vor Ort fast ganz von kirchenamtlichen Strukturen getragen. Wird hinreichend bedacht, was das u. U. für Folgen für die Kirche hat? Leicht werden Ortskirchen damit zu seelsorglich verfremdeten Entwicklungsagenturen. Wäre von daher nicht eine gewisse Entklerikalisierung der Entwicklungsträger wünschenswert?

Herkenrath: Ich teile diese Sorge nicht. Kirche muß es immer um den ganzen Menschen gehen, um das ganzheitliche Heil. In Brasilien spricht man von Sozialpastoral. Diese ist, auch wenn sie bereichsbezogen bleibt, Arbeiterpastoral, Landpastoral – pastoral da terra, heißt es in Brasilien – immer ganzheitlich zu verstehen. Leib- und Seelsorge dürfen nicht auseinandergerissen werden.

„Noch nicht das richtige Maß gefunden“

HK: Wäre es nicht gerade innerhalb einer solch ganzheitlichen Konzeption sinnvoll, Entwicklungsarbeit und Glaubensverkündigung in dem Sinne etwas zu entflechten, daß die Verantwortlichkeiten für den Entwicklungsbereich stärker entklerikalisiert werden: zugunsten der Stärkung und Verbreitung entwicklungshilflicher Maßnahmen einerseits und zur Entlastung der Pastoral- und Amtsstrukturen der Kirche andererseits?

Herkenrath: Vielleicht kann man hier zurückgreifen auf Erfahrungen, die wir in Deutschland gemacht haben in der Entstehung unseres Verbandswesens. Die katholischen Verbände sind als Laienbewegungen entstanden, blieben in der Kirche beheimatet und haben die jeweils

notwendigen Entwicklungsprozesse auf den Weg gebracht und getragen. Diese unsere Erfahrung legt es uns nahe, vom Laien getragene Verbände, Aktionen und Basisbewegungen in den Entwicklungsländern zu fördern.

HK: Misereor nennt sich bischöfliches Hilfswerk, ist aber eine Leistung des Kirchenvolkes. Kommt das in den Entscheidungsgremien und -mechanismen zum Ausdruck?

Herkenrath: Diese Frage bedrängt uns heute mehr denn je. Misereor ist in seinen Ursprüngen stark verwurzelt in Laieninitiativen. Vor seiner Gründung gab es schon Anregungen im ZdK, es gab schon eine Fastenaktion der Jugend für die Dritte Welt. Es ist bischöfliches Hilfswerk geworden, damit es eine starke kirchenamtliche Verankerung erhielt, getragen von allen Ortskirchen. Es ist aber offenkundig, daß weltweite politische und wirtschaftliche Entscheidungen immer komplizierter und immer weniger berechenbar werden. Das gilt auch für die Entwicklungspolitik. Hier bedarf es großer Sachkenntnis und fachlicher Kompetenz. Es ist unmöglich für Bischöfe, diese fachliche Kompetenz neben allen anderen Aufgaben auch noch sich anzueignen. Daher muß noch mehr darüber nachgedacht werden, wie das notwendige fachliche Wissen von in der Entwicklungsarbeit erfahrenen Laien ausreichend eingebracht wird. Misereor hat einen Beirat, der die Bischöfe berät. Die letzte Verantwortung hat aber die bischöfliche Kommission. Je komplizierter und vielschichtiger Entwicklungshilfe, zudem noch im Geflecht der Entwicklungszusammenarbeit mit staatlichen Stellen wird, um so notwendiger scheint es mir, Verantwortung an den Beirat oder andere sachkundige Fachleute zu delegieren. Es ist noch nicht das richtige Maß dafür gefunden, daß einerseits die Hirtensorge der Bischöfe voll gewahrt bleibt und auf der anderen Seite gewährleistet ist, daß notwendige Entwicklungsprozesse und -projekte nicht dadurch blockiert werden.

Worum es dem Papst und den Theologen geht

Eine Dokumentation zu den jüngsten Auseinandersetzungen um Bischofsernennungen, Lehrerlaubnis und „Humanae vitae“

Vor Jahren schien es, als werde der Streit um den richtigen Weg der katholischen Kirche im Kontext der modernen Welt mit ihren sozialen und geistigen Herausforderungen vor allem in und um Lateinamerika ausgetragen. Inzwischen zeigt sich, daß sich auch in Mitteleuropa viel Konfliktstoff angesammelt hat. Die „Kölner Erklärung“ von 170 Theologieprofessoren vom 6. Januar (vgl. ds. Heft, S. 102) war dafür ein weithin beachteter und gleichzeitig umstrittener Indikator. Wir dokumentieren hier an erster Stelle die Ansprache des Papstes an die Teilnehmer eines römischen Moralthnologenkongresses vom 12. November 1988 (vgl. HK, Dezember 1988, 549), deren Text wir der deutschsprachigen Wochen-

ausgabe des Osservatore Romano vom 25. November 1988 entnahmen. An zweiter Stelle geben wir die „Kölner Erklärung“ deutschsprachiger Theologen im Wortlaut wieder. Als drittes folgt ein offener Brief des Tübinger Dogmatikers Peter Hünermann an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann. Hünermann konzentriert seine Argumentation auf die „Humanae-vitae“-Problematik und kommt zum Ergebnis: Die Lehre der Enzyklika könne hinsichtlich ihrer Verbindlichkeit nach wie vor nicht anders eingestuft werden, als dies die Deutsche Bischofskonferenz in ihrer „Königsteiner Erklärung“ (vgl. HK, Oktober 1968, 484–487) getan hat.